

Roßmeier, Albert; Weber, Florian:

Stürmische Zeiten. Bürgerschaftliches Engagement beim Windkraftausbau zwischen Befürwortung und Ablehnung

URN: urn:nbn:de:0156-4134068



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 52 bis 79

Aus:

Stefansky, Andreas; Göb, Angelina (Hrsg.):

„Bitte wenden Sie!“ – Herausforderungen und Chancen der Energiewende

Hannover 2018

Arbeitsberichte der ARL 22

Albert Roßmeier, Florian Weber

STÜRMISCHE ZEITEN. BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT BEIM WINDKRAFTAUSBAU ZWISCHEN BEFÜRWORTUNG UND ABLEHNUNG

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Theoretische Grundperspektive, methodisches Vorgehen und Analysebestandteile
 - 2.1 Sozialkonstruktivistische Grundperspektive
 - 2.2 Diskurstheoretischer Zugriff
 - 2.3 Methodik und Bestandteile der Analyse
 - 3 Bürgerinitiativen im Kontext des Windkraftausbaus
 - 3.1 Räumliche Verteilung und Konzentration gesellschaftlichen Engagements
 - 3.2 Argumentationsmuster befürwortender Bürgerinitiativen
 - 3.3 Zentrale Argumentationsmuster ablehnender Bürgerinitiativen
 - 4 Fazit und Ausblick
- Literatur

Kurzfassung

Die Stromversorgung in Deutschland wandelt sich von der Nutzung fossiler Energien und Kernenergie zunehmend in Richtung regenerativer Energien. Ein bedeutendes „Standbein“ stellt hierbei die Windkraftnutzung dar. Doch lässt sich trotz hoher grundsätzlicher Zustimmung zur Energiewende vermehrt gesellschaftlicher Protest gegenüber dem Ausbau von Windkraftanlagen konstatieren. Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, die Bandbreite zentraler Argumentationsmuster von Bürgerinitiativen auszudifferenzieren, die sich sowohl *für* als auch *gegen* den Ausbau der Windkraft formiert haben. Dabei werden diskursanalytisch zentral verankerte Muster innerhalb der Argumentationsstrukturen der Protestbewegungen herausgearbeitet, um das diskursive Feld der Energiewende weiter zu erhellen. Das Spektrum der zentralen Konfliktfelder in den Aushandlungsprozessen erstreckt sich hierbei vielschichtig über wirtschaftliche, gesundheitliche sowie insbesondere landschaftsbezogene und naturschutzrechtliche Aspekte. Hierauf rekurren sowohl die Befürwortungs- als auch die Ablehnungsseite – allerdings mit deutlich abweichender Argumentation.

Schlüsselwörter

Energiewende – Windkraftausbau – Diskursanalyse – Machtentfaltung gesellschaftlichen Widerstands – Bürgerinitiativen und Protest

Stormy times. Civic involvement in the development of wind energy: between support and rejection

Abstract

The generation of electricity in Germany is increasingly moving from the use of fossil fuels and nuclear power towards renewable energies. One significant “pillar” of this transition is the utilisation of wind power. However, despite high levels of fundamental support for the energy transition, it is possible to detect increased civic protest against the development of wind turbines. This paper aims to explore the range of central patterns of argument used by the action groups, some of which support and some of which oppose the further development of wind power. Discourse analysis is used to identify centrally anchored patterns within the argumentative structures of the protest movements so as to shed light on the discursive field of the energy transition. The central fields of conflict in the negotiation processes are multifaceted and range through economic, health-related and, in particular, agricultural and conservationist aspects. Both supporters and opponents avail themselves of these fields – although using significantly differing arguments.

Keywords

Energy transition – wind power development – discourse analysis – power of social resistance – action groups and protest

1 Einleitung

Mit der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 stieg der Anteil der regenerativen Energien an der Bruttostromerzeugung in Deutschland bedeutend: von circa 6 auf knapp über 32 Prozent im Jahr 2016. Die Energieerzeugung soll sich von der Nutzung fossiler sowie klima- und gesundheitsschädlicher Brennstoffe hin zu regenerativen Alternativen bewegen. Auch die Abkehr von der Nutzung der Kernenergie besteht als elementares politisches Ziel innerhalb der deutschen „Energiewende“. Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima (Japan) im März 2011 wurde der Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 in die Wege geleitet, womit ein weiterer Ausbau erneuerbarer Energien ins Zentrum energiepolitischen Handelns rückt. Folglich setzt die Bundesregierung maßgebende Ziele zur regenerativen Energienutzung. Bis zum Jahr 2025 sollen 40 bis 45 Prozent erneuerbare Energien zur Bruttostromerzeugung beitragen, bis zum Jahr 2035 etwa 55 bis 60 Prozent. Zentraler Baustein zur Realisierung dieser Ziele ist unter anderem auch die Verzahnung eines kontinuierlichen Ausbaus der regenerativen Energien mit dem Stromnetzausbau (vgl. Weber et al. 2016; BMWi 2017a; Weber et al. 2017).

In Kombination mit der Nutzung von Biomasse, Wasserkraft und Geothermie stellen Photovoltaik und allen voran Windkraft die tragenden Säulen der Energiewende Deutschlands dar. So soll die Windenergie neben dem weiteren Ausbau an geeigneten Landstandorten sowie Repowering-Maßnahmen auch durch die Nutzung von Offshore-Windparks den Großteil der regenerativen Energieerzeugung in der Bun-

desrepublik schultern – „hin zu einer wirtschaftlich tragfähigen und klimaverträglichen Energieversorgung bei angemessenen Preisen und hohem Wohlstandsniveau“, so die politische Zielsetzung (BMWi 2017b: o.S.). Hierbei seien laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine Vielfalt an Beteiligungsmaßnahmen zu gewährleisten und eine effektive Steuerung des Ausbaus regenerativer Energiequellen sowie der Stromnetze unabdingbar, insbesondere vor dem Hintergrund befürchteter Engpässe in den Übertragungsnetzen Norddeutschlands (BMWi 2017a; zur Anpassung der Stromversorgung im Überblick siehe auch Monstadt 2007; Riegel/Brandt 2015; Schmitt 2016).

Doch nicht nur die technischen Aspekte der Stromerzeugung und des -transportes sind innerhalb der deutschen Energiewende zentral, auch räumliche und gesellschaftliche Gesichtspunkte gewinnen zunehmend an Relevanz. Hiervon zeugen insbesondere zahlreiche Bürgerproteste im Kontext des Ausbaus erneuerbarer Energien (bspw. Hildebrand/Rau 2012; Hübner/Hahn 2013; Neukirch 2014; Lennon/Scott 2015; Stegert/Klage 2015; Kühne/Weber 2016b). Denn die physischen Folgen des Umbaus werden von Betroffenen differenziert wahrgenommen und sind z. T. von deutlicher Ablehnung geprägt. Vor diesem Hintergrund spüren wir in unserem Beitrag, aus einer diskurstheoretischen Perspektive, den Machtstrukturen und der Durchsetzungsfähigkeit spezifischer Positionen im Kontext des Windkraftausbaus entsprechend folgender forschungsleitenden Frage nach: Wie konstituiert sich bürgerschaftliches Engagement im Kontext des Windkraftausbaus und welche Positionen sind bei Befürwortern und Gegnern zentral verankert? Die diskurstheoretische Betrachtung eröffnet gerade auch die Möglichkeit, alternative Sichtweisen abseits verfestigter Bedeutungen offenzulegen und rückt damit gezielt Machtaspekte in den Mittelpunkt, indem die Konstruktion „sozialer Wirklichkeit“ (im Sinne von Berger/Luckmann 1966) fokussiert wird. Die vorliegende Analyse gründet auf einem Methodenmix aus quantitativ orientierten und qualitativen Bestandteilen, die sich einerseits den zentralen Bezugnahmen in den Windkraftdiskursen widmen und andererseits auch die Möglichkeit bieten, spezifische Einzelaspekte näher zu beleuchten. In unterschiedlichen Bereichen wie Stadtentwicklung und -marketing (Matissek 2008; Weber 2013), geokulturellen Räumen (Glasze/Hussein/Mose 2009; Glasze 2013) oder Naturschutzpolitik (Chilla 2007) wurden die Potenziale diskursiver Perspektiven bereits aufgezeigt und genutzt – im Feld der Energiewende zum einen jedoch nur recht begrenzt (Zimmer/Kloke/Gaedtke 2012; Leibenath/Otto 2013; Gailing/Leibenath 2015; Weber et al. 2016; Weber/Jenal 2016; Weber et al. 2017) und zum anderen noch nicht im Hinblick auf aktuell weiter wachsende Widerstände. Hier setzt unser Vorhaben an, quantitativ orientiert Bürgerinitiativen und ihre Beweggründe zu beleuchten und die Bandbreite zentraler Sprecherpositionen qualitativ zu konturieren.

Im Folgenden werden zunächst die theoretische Grundperspektive, das methodische Vorgehen und die einzelnen Analysebestandteile dargestellt. Im Anschluss erfolgt eine Annäherung an zentrale Argumentationsstrukturen innerhalb der Diskurse um Windkraft und Ausbau erneuerbarer Energie, wobei diskursive Muster der Befürwortungs- und der Ablehnungsseite gegenübergestellt werden. Abschließend werden zentrale Zusammenhänge aufgezeigt und Konsequenzen für die partizipative Ausgestaltung der Energiewende in Deutschland skizziert.

2 Theoretische Grundperspektive, methodisches Vorgehen und Analysebestandteile

Im Folgenden soll eine Einführung in das sozialkonstruktivistische Forschungsverständnis sowie zentrale Prämissen des diskurstheoretischen Zugangs in Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Laclau 2007; Laclau/Mouffe 2015 [engl. Orig. 1985]) die perspektivische Ausrichtung des vorliegenden Beitrags erhellen. Darüber hinaus werden das methodische Vorgehen und damit die Triangulation quantitativ orientierter und qualitativer Analysebestandteile vorgestellt, die sich an die zugrundeliegende Forschungsperspektive anlehnen.

2.1 Sozialkonstruktivistische Grundperspektive

Besonders innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften hat sich in den letzten Jahren eine Kritik an einem „bedingungslosen Glauben an die Realität dessen, was wir wahrnehmen“ (Wetherell/Still 1998: 99 (übersetzt)), entwickelt. Die Erlangung absoluten Wissens über die Welt wird als nicht möglich angesehen. Damit gebe es „nirgends so etwas wie reine und einfache Tatsachen“ (Schütz 1971 [1962]: 5; Burr 2005; Kühne 2013). Sozialkonstruktivistische Zugänge betonen die soziale Konstruktion von „Wirklichkeit“ in alltäglichen Praxen und Wahrnehmungen – also innerhalb sozial entstehender Handlungsmuster (Berger/Luckmann 1966). Dementsprechend liegt auch die Prämisse in der Ablehnung der Selbstverständlichkeit von Wirklichkeit und damit der Auffassung von Realität als subjektive Ab- bzw. Subtraktion (vgl. Bruns/Kühne 2015; Kühne 2015; Pörksen 2015).

Entsprechend bildet die sozialkonstruktivistische Perspektive das Fundament für zahlreiche weitere Forschungsfelder wie die Gender Studies, die kritische Psychologie, die Diskursive Psychologie, die Cultural Studies, den Dekonstruktivismus, den Poststrukturalismus sowie im Allgemeinen die Postmoderne wie auch die hier angewandte Diskursanalyse (Burr 2005; Gergen/Gergen 2009). Das Potenzial der Perspektive des Konstruktivismus liegt in der Möglichkeit, einen spezifischen, kritischen Blick auf Dinge zu werfen und damit deren (Be-)Deutungen zu gewissen Teilen zu relativieren und als reversibel darzustellen.

Damit eröffnet sich gerade auch für die in den Protestbewegungen zentrale Thematik von „Landschaft“ (wie noch genauer gezeigt wird) ein alternativer Zugang. Denn vor dem Hintergrund der sozialen Konstruiertheit von Wirklichkeit stellt sich in übergeordneter, analytischer Weise die Frage, wie „Landschaft“ hergestellt wird und welche Bedeutungen und Zuschreibungen, gerade auch in Bezug auf Windkraft und Energiewende, sich verfestigen (Kühne 2006; Kühne/Weber 2016a) – also jenseits einer „natürlichen Gegebenheit von Landschaften“.

Ausführungen zur diskurstheoretischen Herangehensweise werden nachfolgend die Darlegung der zentralen Forschungsperspektive komplettieren, auf deren Basis sich auch den aufgeworfenen Fragen genähert werden kann.

2.2 Diskurstheoretischer Zugriff

Mit der Energiewende kommt es zu markanten Umwälzungen, in deren Zuge bestimmte Positionen so starkes Gewicht erlangen, dass sie andere in den Hintergrund drängen. Zu einem Verständnis dieser Entwicklungen kann gerade eine diskurstheoretische Grundperspektive beitragen. Ausgangspunkt der poststrukturalistisch-diskurstheoretischen Überlegungen in Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Laclau 1990, 2007; Laclau/Mouffe 2015 [engl. Orig. 1985]) ist die Annahme, dass Bedeutungen nie abschließend verankert sind. Sie stehen potenziell immer möglichen Veränderungen gegenüber (Glasze 2013: 73). Immer wieder lässt sich beobachten, dass auch in vermeintlich stabilen Verhältnissen Verschiebungen auftreten können (Laclau 1994: 1-2; Weber 2013: 50). Beispielhaft hierfür können Kernkraftwerke herangezogen werden, die in den 1960er Jahren in Deutschland in großen Teilen als zukunftsweisend bewertet wurden und heute verstärkt mit Risiken verknüpft sind (Bauer 1995; Gleitsmann 2011: 20).

Gleichzeitig entstehen immer wieder vorübergehende Bedeutungsfixierungen, die gewisse Setzungen im Alltag als gegeben und „normal“ erscheinen lassen. Sie werden vorübergehend nicht mehr hinterfragt und verdrängen alternative Deutungsmöglichkeiten in den Hintergrund. Doch aus der „Unmöglichkeit einer umfassenden, fixierten gesellschaftlichen Struktur“ (Glasze 2013: 74) und ablaufenden Aushandlungsprozessen heraus sind innerhalb dieser temporären Fixierungen auch Änderungen und Brüche möglich – Bedeutungen und Zuschreibungen wandeln sich potenziell innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe fassen diese vorübergehenden Bedeutungssetzungen als „Diskurs“ (Laclau/Mouffe 1985: 112): Diskurse werden als Versuch beschrieben, Bedeutungen temporär zu fixieren, wobei deren Kontingenz zentral bleibt. „Jeder Diskurs ist ein kontingentes Konstrukt, weil er von Menschen geschaffen wurde, aber nicht notwendigerweise so sein muss, wie er ist, und auch anders – wenngleich nicht beliebig – konstruiert werden könnte“ (Leibenath 2014: 125). Demnach können gleichzeitig auch mehrere Diskurstränge bestehen und Relevanz erhalten. Und ob in der Folge Windkraftanlagen als „modern“ und „ästhetisch ansprechend“ oder als „hässlich“ und „landschaftsverschandelnd“ bewertet werden, ist nicht das Ergebnis einer natürlichen Fügung, sondern gesellschaftlich ablaufender Aushandlungsprozesse, bei denen unterschiedliche Positionen Deutungshoheiten erlangen können (zum Thema Deutungshoheiten in räumlichen Kontexten siehe auch Kühne 2008). Damit wird hier entscheidend, welche Positionen so verfestigt werden, dass ihr Konstruktionscharakter in den Hintergrund tritt, also in Vergessenheit gerät, und sie als unumstößlich gelten – diese Fixierungen werden von Laclau und Mouffe als hegemoniale, also besonders machtvoll und erfolgreiche Diskurs bezeichnet. Zum einen entstehen diese durch Äquivalentsetzungen verschiedener Momente um einen zentralen Knotenpunkt herum, der entscheidend für den Diskurs wird (Jørgensen/Phillips 2002: 26-27). Zum anderen geschehen die Fixierungen durch Abgrenzung von einem Außen, also dem, was der Diskurs *nicht* ist – das Außen wirkt auf diese Weise identitätsstiftend bzw. konstitutiv (Laclau 1993; Thiem/Weber 2011: 175-176; siehe hierzu auch Abb. 1). Alternative soziale Wirklichkeiten werden im Zuge des Erfolgs hegemonialer Diskurse unterdrückt und marginalisiert (Laclau 1993; Glasze/Mattisek 2009: 162). Die marginalisierten Diskurse sind auch als Subdiskurse

zu verstehen, die hinter hegemonialen Diskursen stehen, aber potenziell auch zu erfolgreichen, hegemonialen Diskursen avancieren können (Weber 2013: 63).

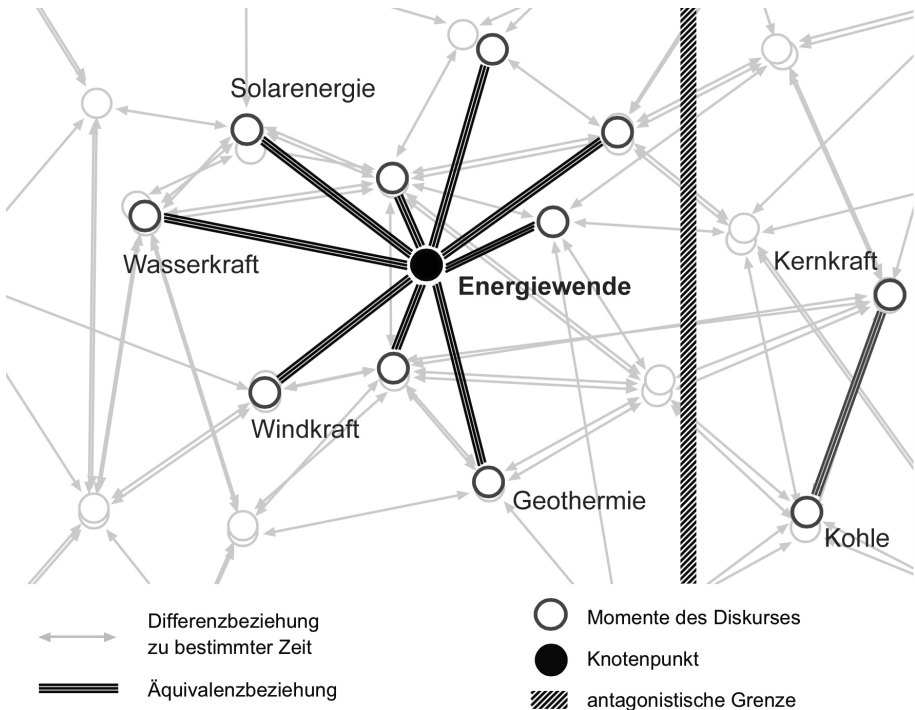


Abb. 1: Diskursverständnis nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe / Quelle: eigene Darstellung nach Glasze (2013) und Weber (2013)

Letztlich kann eine diskurstheoretische Perspektive zum einen diskursive Setzungen, zentrale Knotenpunkte, Momente des Diskurses und das Außen von Diskursen ausdifferenzieren, um damit zu beleuchten, wodurch sich Diskurse konstituieren und besondere Macht entfalten. Zum anderen kann sie auch an den vermeintlichen Eindeutigkeiten hegemonialer Diskurse ansetzen und alternative, parallel bestehende Diskursstränge offenlegen. Damit werden Aspekte von Macht zentral, die innerhalb der diskursiven Analyse gesellschaftlicher Widerstandsbewegungen zur Energiewende eine zentrale Rolle spielen.

2.3 Methodik und Bestandteile der Analyse

Aufbauend auf den theoretischen Überlegungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe und deren Diskursverständnis (siehe Abb. 1) richtet sich die vorliegende Analyse bürgerschaftlichen Widerstands auf die Beleuchtung temporärer Fixierung von

Bedeutungen. Zur Operationalisierung erfolgt eine Methodentriangulation aus quantitativen und qualitativen Zugängen. Mittels quantitativer Verfahren können von der Grundüberlegung her Regelmäßigkeiten und Zusammenhänge in lexikalischen Elementen herausgearbeitet und damit „großflächige Strukturen des Sprechens, d.h. Muster des Sprachgebrauchs“ (Mattisek 2008: 122) greif- und sichtbar gemacht werden (Guilhaumou 1986: 27; Teubert 1999; Glasze 2007: Abs. 34 und 35; Weber 2015). Die Untersuchung von Internetseiten von Bürgerinitiativen (nachstehend ausführlicher) setzt an dieser Prämisse an: (re)produzierte Argumentationsmuster und Verknüpfungen wurden einer Quantifizierung zugeführt, um so übergreifend zu ermitteln, welche Positionen hegemonial fixiert sind.

Ergänzend werden quantitative Auffälligkeiten innerhalb der Diskurse mit qualitativen Verfahren weiter ausdifferenziert (Weber 2015: 105). Wie werden bestimmte Positionen argumentativ untermauert? Welche Regelmäßigkeiten lassen sich herausarbeiten? Zurückgegriffen wird hier methodisch auf die Analyse narrativer Muster (Glasze/Husseini/Mose 2009). Unter narrativen Mustern werden „regelmäßige Verknüpfungen von Elementen gefasst, die Beziehungen einer spezifischen Qualität herstellen“ (Glasze 2013: 115). Insbesondere Äquivalenz- und Differenzbeziehungen wird nachgeprüft, um so Momente, Knotenpunkte, aber auch Elemente des Außen von Diskursen zu bestimmen (Somers 1994: 616; Glasze 2013: 116). Auf diese Weise können Bedeutungsfixierungen ebenso wie Indizien für Veränderungsprozesse herausgearbeitet werden (hierzu auch Glasze/Husseini/Mose 2009; Weber 2013: 66 ff.).

Die der nachfolgenden Ergebnisdarstellung zugrunde liegende Analyse fokussiert die Aushandlungsprozesse im diskursiven Feld der Energiewende und konkret innerhalb des Windkraftausbaus. Hierzu wurde mittels einer *Google*-Recherche – derzeit wird *Google* in Deutschland von knapp 95 Prozent der Internet-User genutzt und ist damit als zentrale Quelle der Informationsrecherche im Internet anzusehen (statista 2015) – anhand konkreter Schlagworte (siehe Textbox 1) eine Gesamtzahl von 280 deutschen Bürgerinitiativen *für* und *gegen* den Windkraftausbau ermittelt. Das Verhältnis ist dabei deutlich unausgeglichen: zehn der recherchierten Initiativen argumentieren *für* den lokalen oder überregionalen Ausbau von Windkraft, 270 Bürgerinitiativen *dagegen*.

Bürgerinitiative Windkraft, Bürgerinitiative Windpark, Windkraftgegner, Bürger gegen Windkraft, Bürger Gegenwind, Bürgerinitiative pro Windkraft, Bürger für Windkraft, Bürger machen Wind

Textbox 1: Schlagworte der Google-Recherche / Quelle: eigene Darstellung

Hierbei ist anzumerken, dass mit der vorliegenden Recherche nicht die Gesamtheit der in Deutschland agierenden bürgerschaftlichen Vereinigungen abgedeckt wird, sondern lediglich ein Ausschnitt der über *Google* „zugänglichen“ Initiativen. Darüber hinaus sind die online kommunizierten Inhalte der Bürgerinitiativen auch nicht zwingend deckungsgleich mit deren Grad an lokaler Aktivität. Im vorliegenden Artikel wer-

den entsprechend die öffentlich zugänglichen Inhalte der Websites und Profile der Initiativen untersucht, das lokale Wirken bleibt zunächst – unweigerlich – „verborgen“. Die Auswertung der Bürgerinitiativen-Internetseiten gliedert sich in unterschiedliche Analysestufen: Innerhalb einer ersten Betrachtung wurden zentrale Daten der Initiativen erfasst, beispielsweise der Sitz der Bürgerinitiative und die Einwohnerdichte pro km² des jeweiligen Ortes. Damit lassen sich Rückschlüsse auf die Verteilung und mögliche Konzentrationen der ermittelten Initiativen ziehen sowie weitere strukturelle Differenzen abbilden. Innerhalb einer zweiten Analysestufe wurden – orientiert an quantitativen Herangehensweisen – zentrale Positionen und Argumentationsmuster induktiv erfasst und systematisiert, um hegemonial verankerte Positionen, aber auch subdiskursive Stimmen abzubilden. So konnte der Frage nach unterschiedlichen grundlegenden Haltungen sowie einer räumlichen Differenziertheit in den Argumentationen und Diskursen der befürwortenden und ablehnenden Bürgerinitiativen nachgegangen werden. Um darüber hinaus konkretisiert und detaillierter Regelmäßigkeiten in den Aushandlungsprozessen der Initiativen offenzulegen, wurden im dritten Schritt narrative Muster eingehender analysiert. Diese werden nachfolgend zur Illustration stellenweise in Textboxen exemplarisch aufgeführt. So werden mittels der dargestellten Herangehensweisen die diskursiven Verknüpfungen im Kontext des Windkraftausbaus weiter erhellt. Sie geben Aufschluss über die soziale Konstruktion und Deutung der zentralen Begrifflichkeiten und Konfliktfelder im Zuge der Energiewende.

3 Bürgerinitiativen im Kontext des Windkraftausbaus

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse bildet die *Google-Recherche* von 280 Bürgerinitiativen, die sich *für* und *gegen* den Ausbau von Windkraftanlagen formiert haben. Die Bürgerinitiativen sind, diskurstheoretisch gedacht, als institutionalisierte Gruppen zu verstehen, die bestimmte Positionen bereitstellen und (re)produzieren (hierzu Nonhoff 2006; Glasze 2013). Das Spektrum der zentralen Konfliktfelder in den Aushandlungsprozessen der Bürgerinitiativen erstreckt sich über vielschichtige Aspekte, die nachstehend dargelegt werden. Zunächst werden die Erkenntnisse zur räumlichen Verteilung und Konzentration bürgerschaftlichen Widerstandes genährt, um im Anschluss die diskursiven Regelmäßigkeiten einerseits der befürwortenden, andererseits der ablehnenden Initiativen zu beleuchten – mit auffälligen Parallelen.

3.1 Räumliche Verteilung und Konzentration gesellschaftlichen Engagements

Welche Auffälligkeiten ergeben sich einfürend im Hinblick auf die räumliche Verteilung der 280 ermittelten Bürgerinitiativen? In der Verortung (Abb. 2) wird eine gewisse räumliche Konzentration der Bürgerinitiativen, die sich gegen den Windkraftausbau aussprechen, in den südlichen und westlichen Ländern der Bundesrepublik deutlich. So kristallisiert sich für die ablehnenden Bewegungen eine räumliche Kumulation von 60 Gruppierungen in Hessen, 45 in Baden-Württemberg und 42 in Nordrhein-Westfalen heraus (siehe Abb. 3). Dem steht die Anzahl der Windkraftanlagen in den jeweiligen Ländern gegenüber: Besonders in Hessen und Baden-Württemberg kann ein hohes Maß an Widerstand bei verhältnismäßig geringer Zahl von Windkraftanlagen

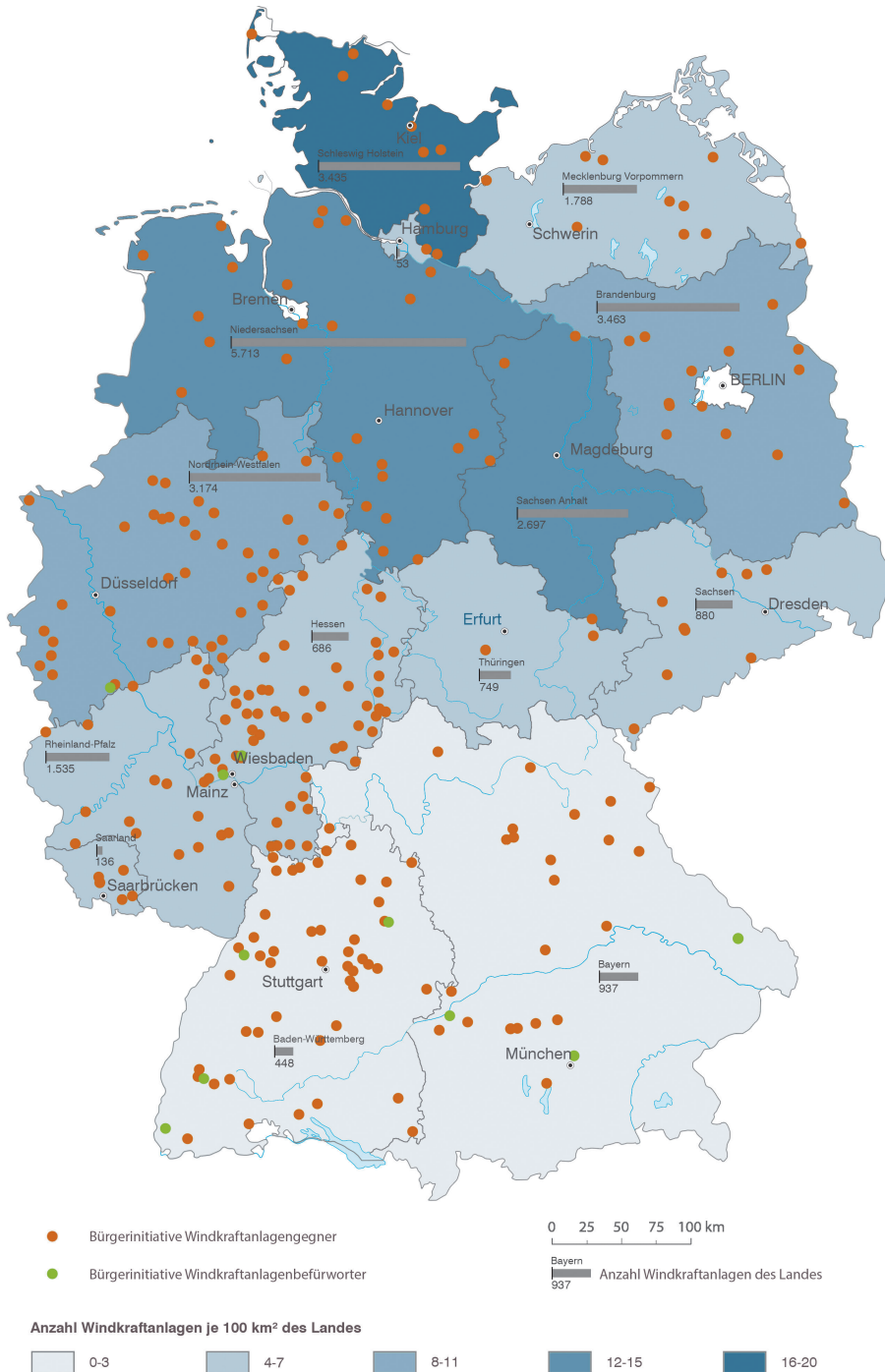


Abb. 2: Verortung der ermittelten Bürgerinitiativen und Anzahl von Windkraftanlagen je 100 km² Fläche der unterschiedlichen Länder der Bundesrepublik / Quelle: eigene Darstellung. Umsetzung Albert Roßmeier 2016. Sitze der Bürgerinitiativen, die sich für und gegen Windkraft aussprechen, wurden eingezeichnet (basierend auf durchgeführter Google-Recherche). Darüber hinaus wurden die Windkraftanlagen nach Ländern und die Windkraftanlagen je 100 km² pro Land verzeichnet (basierend auf Bundesverband WindEnergie 2016; statista 2016).

verzeichnet werden. Im Süden bzw. Westen der Bundesrepublik, der durch eine deutlich geringere Nutzung der Windkraft gekennzeichnet ist, verorten sich – der vorliegenden Recherche nach – vermehrt bürgerliche Protestbewegungen, die sich einerseits vor allem gegen einen weiteren Ausbau in den jeweiligen Ländern aussprechen, andererseits den Ausbau aber tendenziell überregional fordern (vgl. Abb. 2 und 3).

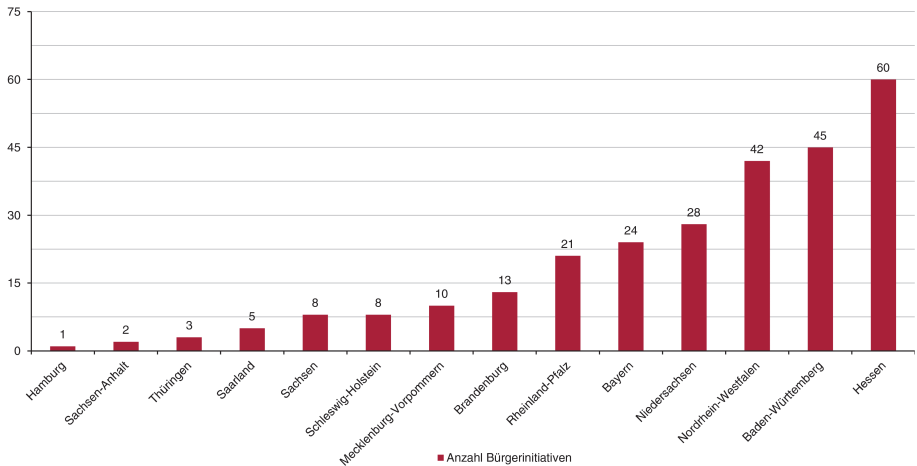


Abb. 3: Anzahl der Bürgerinitiativen gegen Windkraft in den Ländern (n = 270) / Quelle: eigene Erhebung und Darstellung (basierend auf durchgeführter Google-Recherche)

Weiter kann insbesondere in dünn besiedelten Räumen eine geringe Akzeptanz gegenüber der Implementierung von Windkraftanlagen behauptet werden (siehe hierzu auch Kühne 2006). Die Verteilung der ermittelten Initiativen gegen Windkraft nach der Bevölkerungsdichte der ansässigen Orte zeigt eine hohe Konzentration in dünn besiedelten, ländlich bezeichneten Räumen. Demnach haben sich mehr als die Hälfte der Bürgerbewegungen der vorliegenden Recherche in Räumen formiert, in denen weniger als 150 Einwohner pro km² leben und die nach dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2011) als Regionstyp „Ländlicher Raum“ typisiert werden (siehe Abb. 4). Einerseits finden sich in gewisser Weise „automatisch“ viele Windkraftanlagen gerade in dünn besiedelten, als „ländlich“ bezeichneten Räumen, womit Widerstand hier nicht zwingend verwundern muss. Andererseits gilt es der These nachzugehen, dass Transformationsprozesse in „ländlich bezeichneten Räumen“ (Linke 2015) kritischer als im urbanen oder suburbanen Raum „beäugt“ und damit abgelehnt werden (auch Weber et al. 2017).

Nachfolgend werden die vorherrschenden Argumentationsmuster und Positionen der Befürwortung und Ablehnung des Windkraftausbaus durch Bürgerinitiativen verdeutlicht, um damit die spezifischen Regelmäßigkeiten im diskursiven Feld der Energiewende zu konturieren.

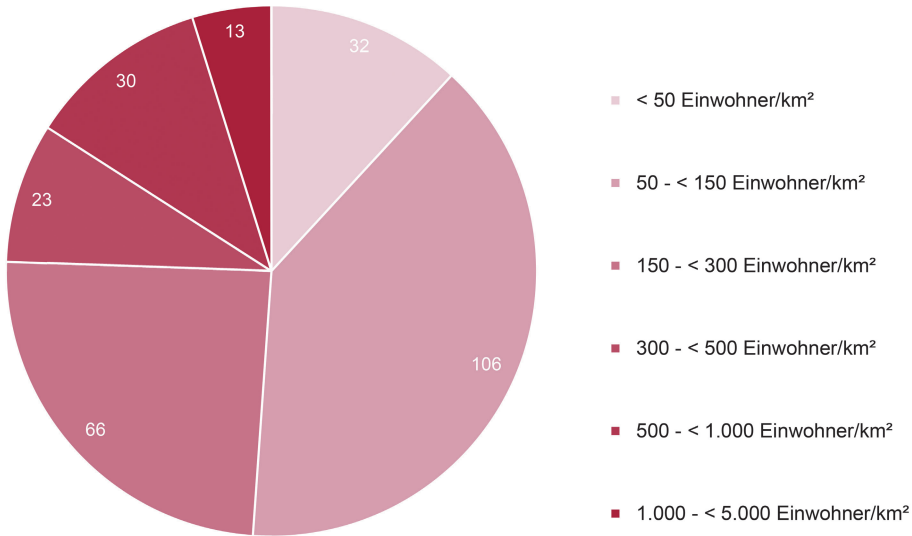


Abb. 4: Verteilung der Bürgerinitiativen gegen Windkraft auf Gruppierungen von Orten nach der Bevölkerungsdichte (n = 270) / Quelle: eigene Erhebung und Darstellung (basierend auf durchgeführter Google-Recherche)

3.2 Argumentationsmuster befürwortender Bürgerinitiativen

Argumentationen um die Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit des Windkraftausbaus

Die Bürgerinitiativen, die für die Energiewende und den Windkraftausbau – sowohl lokal als auch überregional – argumentieren, betonen überwiegend vergleichbar die Sinnhaftigkeit bzw. die Notwendigkeit der Windkraftnutzung allgemein und auch innerhalb Deutschlands. Dementsprechend finden sich auf den Websites Argumentationen um die „Dringlichkeit“ der Energiewende und einer Kombination unterschiedlicher, erneuerbarer Energieträger. Insbesondere vor dem Hintergrund der hervorgehobenen Risiken konventioneller Energiegewinnung sehen die Bürgerbewegungen den Umbau zur Windkraftnutzung als unumgänglich – Atom- und Kohlestrom geraten damit ins Außen des Energiewende-Diskurses und sind folglich nicht (mehr) anschlussfähig an Konstrukte einer „zukunftsfähigen“ und „sicheren“ Energieproduktion. Somit wird hieraus auch die Wandelbarkeit von Diskursen – selbst weitgehend hegemonial verankerter – augenscheinlich, da die Kernkraftnutzung in ihren frühen Phasen vermehrt als zukunftsweisend und fortschrittlich kommuniziert wurde (Gleitsmann 2011), was sich noch einmal verstärkt vor dem Hintergrund der Ereignisse von Fukushima wandelte. Letztlich stehen Windkraftanlagen in den Aushandlungsprozessen der Befürwortungsseite überwiegend vergleichbar „für eine neue, nachhaltige [Form der] Energiewirtschaft, die frei von elementaren Gefahren ist, die den Klimawandel zu vermeiden hilft und die Abhängigkeit von Energie exportierenden Staaten mindert“ (Bürgerinitiative „BürgerWIND Bayerwald“ 2015). Windkraftanlagen werden diskursiv in einer Äquivalenzkette mit „sauberer“, „sicherer“ und „zukunftsfähiger“ Energieversorgung verknüpft.

Auf den Websites der Bürgerinitiativen werden auch Sorgen über Prozesse des Klimawandels angeführt, welche die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Windkraft weiter unterstreichen – unter anderem mit Betonung der Sinnhaftigkeit der Energieerzeugung in Süddeutschland bzw. konkret in Baden-Württemberg. Beispielhaft hierzu eine bayerische Bürgerinitiative: „Die Windenergie muss jedoch gerade in Süddeutschland weiter ausgebaut werden, um gefährliche Atomkraftwerke und Klimafährdende Kohlekraftwerke zu ersetzen. [...] Zusammen mit der Solarenergie stellt die Windkraft die wichtigste Säule bei der Nutzung der regenerativen Energien zur Stromerzeugung dar“ (Bürgerinitiative „Energiewende Waldkirch“ 2013; vgl. auch Bürgerinitiative „Windkraft für Michelbach“ 2016).

Argumentationen um die politische Führung der Energiewende

In den Diskurssträngen der Bürgerinitiativen, die für den Ausbau von Windkraftanlagen argumentieren, finden sich überwiegend vergleichbar verschiedene kritische Positionen zu politischen Maßnahmen und Richtlinien im Feld der Energiepolitik. Die Bürgerbewegungen untermauern die Kritik an der politischen Führung unter anderen mit Argumentationen um die Notwendigkeit des Windkraftausbaus – unter Rekurs auf die „elementaren Gefahren“ (Bürgerinitiative „BürgerWIND Bayerwald“ 2015) des Klimawandels. Die anhaltende Nutzung konventioneller Energieträger wird hierbei sprachlich emotionalisiert. Neben dem Ausstieg aus der Kernkraft solle auch das Ende der Kohleverstromung in die Wege geleitet werden. Seitens der Initiativen bestehen zudem Zweifel an der kommunalpolitischen Motivation hin zu einer Energiewende und der Nutzung von erneuerbaren Energien: „Die Gemeinden agieren überwiegend nicht zielorientiert an der Energiewende, sondern missbrauchen die ihnen überlassene Planungshoheit häufig für kurzsichtige, rein egoistische Ziele. [...] So entstehen auf vielen Bergen ertragsschwache Einzelwindräder [...]“ (Bürgerinitiative „Bürgerwindrad Blauen e.V.“ 2016).

Weiter finden sich in den Aushandlungsprozessen der Befürwortungsseite auch Positionen, welche die „10H-Regelung“ der bayerischen Staatsregierung kritisieren: Mit der Verabschiedung dieser Bestimmung vom 21.11.2014 soll „ein angemessener Interessensausgleich zwischen den Anforderungen der Energiewende und den zu berücksichtigenden Interessen der örtlichen Wohnbevölkerung geschaffen werden“ (STMI o.J.) – doch die befürwortenden Bürgerinitiativen (re)produzieren vermehrt deren restriktiven Charakter bezüglich des weiteren Ausbaus (Bürgerinitiative „Mütter gegen Atomkraft e.V.“ 2016). Hohe und „effiziente“ Windräder würden aufgrund der hohen Abstandsforderungen zu Wohnbebauung (2 km bei 200 m hohem Windrad – daher 10H) kaum noch möglich.

Darüber hinaus sind in den Diskursen um die Befürwortung der Windenergie auch politische Aspekte der Energieversorgung zentral. Kritik besteht hierbei bezüglich einer politisch produzierten Abhängigkeit der bundesweiten Energieproduktion von „Rohstoffimporten und von multinationalen Konzernen“ (Bürgerinitiative „Energiewende Waldkirch“ 2013). Damit wird die Windkraftnutzung letztlich als Alternative zentralisierter Energieerzeugung angesehen und ist diskursiv verknüpft mit Argumentationen um regionale Wertschöpfungsmöglichkeiten: „Wir sehen in einem Unternehmen, das aus der Region kommt, mehr vertragliche Sicherheit auch über den Tag hin-

aus und eine regionale Teilhabe an einer der zukunftsfähigen Industrien [...]. Wir unterstützen damit eine Entwicklung, die eine dezentrale Energiestruktur möglich macht, an Stelle der Monopolunternehmen in der Atomzeit“ (Bürgerinitiative „Windkraft für Michelbach“ 2016).

Argumentationen um ökonomische Aspekte

In den Aushandlungsprozessen um die Befürwortung der Windkraftnutzung herrschen auch Argumentationen um ökonomische Aspekte vor. Neben Positionen zur Windenergie als ökologische und preiswerte Alternative zu konventioneller Energieerzeugung sind Argumentationsmuster um die Potenziale kommunaler und regionaler Wertschöpfung zentral: „Der Windkraft gehört die Zukunft [...]. Die Wertschöpfung aus der Windenergie bleibt in der Region und für die Gemeinden bedeutet dies zusätzliche Einnahmen aus Gewerbesteuern“ (Bürgerinitiative „Pro Wind Landkreis Günzburg“ 2014). Die Bürgerinitiativen betonen auch die Vorteile der „Onshore“-Windkraftnutzung, für die im Vergleich zur Windkraft auf See geringere Investitionskosten aufgewendet werden müssten und ein geringerer Ausbau von Hochspannungsleitungen und -netzen notwendig sei – denn diese seien „volkswirtschaftlich unsinnig und für den Endkunden teuer“ (Bürgerinitiative „Energie-Zukunft-Rheingau“ 2016).

Weiter werden in den Windkraftdiskursen auch Argumentationsmuster gegnerischer Initiativen aufgegriffen und es wird hierzu Stellung bezogen. Die befürwortenden Bürgerbewegungen argumentieren in Teilen beispielsweise *gegen* den postulierten Wertverlust von Grundstücken und Immobilien, die sich im unmittelbaren Umfeld geplanter bzw. neu gebauter Anlagen befinden. Eine bayerische Bürgerinitiative versucht die Bedenken zahlreicher Windkraftgegner zu relativieren und prononciert die Preisbildung als Ergebnis unterschiedlicher Einflussgrößen: „Immobilienwerte sind keine objektive Größe, sondern das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren, deren positive und negative Würdigung von subjektiven Interessenlagen der möglichen Käufer abhängen. Jede Straße, jede Infrastruktureinrichtung, jedes Bauvorhaben in der Nachbarschaft und selbst Entwicklungen in Nachbargemeinden lösen solche Effekte aus. Unsere Rechtsordnung sorgt daher durch objektive Kriterien (z. B. Schutz vor unzumutbaren Emissionen) für den notwendigen Interessenausgleich“ (Bürgerinitiative „Pro Wind Landkreis Günzburg“ 2014).

Darüber hinaus werden von den Initiativen auch Bedenken zu potenziellen Einbußen im Tourismussektor aufgegriffen, die sich – übergreifend vergleichbar in den Diskursen zahlreicher Windkraftgegner geteilt – aus dem Ausbau von Windkraftanlagen in touristisch erschlossenen Räumen ergäben. Diese Bedenken werden entsprechend zurückgewiesen. In den Aushandlungsprozessen der Bürgerinitiativen, die sich für den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen aussprechen, werden – wie im weiteren Verlauf noch aufgezeigt wird – die physischen Folgen des Zubaus zwar in Teilen als potenzielle Beeinträchtigung kommuniziert, doch in der Folge des Verständnisses einer subjektiven Wahrnehmung von Landschaft wird dies wieder relativiert. „Windkraftanlagen verändern unbestritten die Landschaft. [...] An der deutschen Küste stehen am Land sehr viele Anlagen. Der Fremdenverkehr wurde davon offensichtlich nicht berührt“, führt eine hessische Bürgerinitiative an (Bürgerinitiative „Energie-Zukunft-Rheingau“ 2016).

Auffällig an dieser Stelle ist das aktive Aufgreifen von Argumentationsweisen gegnerischer Bürgerinitiativen beziehungsweise medial (re)produzierter Kritikpunkte, die diskursiv auf Befürwortungsseite anders gerahmt werden. Windkraftausbau und ökonomische Aspekte sind für diese danach „sehr wohl“ anschlussfähig und werden miteinander verwoben.

Argumentationen um gesundheitliche Aspekte

In den Aushandlungsprozessen um die Energiewende nehmen neben den bereits aufgeführten diskursiven Mustern auch gesundheitliche Gesichtspunkte eine zentrale Rolle ein. Befürwortende Bürgerinitiativen greifen auch hier argumentative Strukturen ablehnender Initiativen (bzw. Medien) auf und verneinen die jeweiligen diskursiven Setzungen. Damit wird deutlich, dass sich die verfestigten Positionen in Teilen diametral gegenüberstehen: Wie im weiteren Verlauf aufgezeigt wird, sind in den Bürgerbewegungen, die sich gegen den Ausbau der Windkraft formieren, übergreifend vergleichbar Windkraftanlagen als gesundheitsschädliche Emissionsquellen verankert – sie driften in das diskursive Außen von Erholungs- und Freizeiträumen. Demgegenüber steht die Befürwortungsseite des Windkraftausbaus, welche die Schädlichkeit der Schallemissionen und darüber hinaus deren akustische Wahrnehmbarkeit vermehrt negiert. Konkret prononciert eine Bürgerinitiative, „dass Infraschall unterhalb der Wahrnehmbarkeitsschwelle, also Schall unter 20 Hz und einem Schalldruckpegel von weniger als 130 dB, für den menschlichen Organismus keinerlei negative Auswirkungen hat. [...] [Denn] der von Windenergie-Anlagen erzeugte Infraschall [erreicht] selbst im Nahbereich (Abstand ca. 200 m) bei weitem nicht diese Werte und ist somit völlig harmlos“ (Bürgerinitiative „Pro Wind Landkreis Günzburg“ 2014).

Darüber hinaus wird seitens der Initiativen, die sich für Windkraftanlagen aussprechen, auch auf das Bundesimmissionsschutzgesetz verwiesen, das die Mindestabstände der Anlagen zu Wohnbebauungen gesetzlich regelt. Innerhalb von Genehmigungsverfahren werden die Mindestabstände der Anlagen zur Wohnbebauung ermittelt, die eine akustische Beeinträchtigung über die gesetzlichen Grenzwerte hinaus ausschließen würden. Eine Windkraftanlage müsste demnach „so weit von einem Siedlungsgebiet entfernt aufgestellt werden, dass durch ihre Schallemission diese maximalen Schallimmissionswerte im Siedlungsgebiet nicht überschritten werden. Auch Auswirkungen des sogenannten Infraschalls [...] sind mit der Einhaltung der Grenzwerte ausgeschlossen“ (Bürgerinitiative „BürgerWIND Bayerwald“ 2015). Windkraftanlagen sind in den Diskursen der Windkraftbefürworter demnach vermehrt als gesundheitlich unbedenklich verankert.

Argumentationen um das Feld „Landschaft“, ästhetisch-emotionale sowie natur- und artenschutzfachliche Aspekte

In den Argumentationen um „Landschaft“ und auch „Heimat“ ist – aus einer sozialkonstruktivistischen Perspektive heraus – die subjektive Konstruktion von Wirklichkeit, und damit der eben genannten Begriffe, von besonderem Interesse. Denn die Landschaftskonzeptionen der Bürgerinitiativen können auch die vorherrschenden Argumentationsmuster und -strukturen weiter erhellen und erlauben damit Rückschlüsse auf verfestigte Regelmäßigkeiten und Deutungen in den zentralen Konfliktfeldern.

Auch innerhalb der Bürgerinitiativen, die sich für den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen einsetzen, wird Landschaft in differenter Weise konstruiert. Teile der Initiativen betonen in besonderem Maße die Subjektivität von landschaftlicher Ästhetik (siehe hierzu Textbox 2) und negieren in der Folge die Differenzierung in „Landschaft“ und „Nicht-Landschaft“ bzw. „schöne, ansprechende“ und „hässliche“ entwertete bzw. verbaute „Landschaften“ (vgl. Otto/Leibenath 2013).

Zitat aus der Website der Bürgerinitiative „Bürgerwind Bayerwald“ (2015):

„Wie Natur und Landschaft letztendlich wahrgenommen werden, ist immer subjektiv. Es wird bestimmt vom wahrnehmenden Menschen. Dessen Wahrnehmung erfolgt individuell unterschiedlich und wird u.a. beeinflusst durch dessen Prägung, Ethik, Bildung, Erziehung sowie Erfahrungen und Verhalten. Im direkten Moment des Wahrnehmens kommen dann zusätzlich weitere subjektspezifische Faktoren, wie die augenblickliche Gemütslage und die momentane Tätigkeit, hinzu. Zudem wird die Art der Wahrnehmung durch das individuelle Wertesystem bestimmt.“

Zitat aus der Website der Bürgerinitiative „Energie-Zukunft-Rheingau“ (2016):

„Windkraftanlagen verändern unbestritten die Landschaft. Ob diese Anlagen als schön oder hässlich empfunden werden, ist sehr subjektiv.“

Zitat aus der Website der Bürgerinitiative „Pro Wind Landkreis Günzburg“ (2014):

„Windkraftanlagen verändern das gewohnte Landschaftsbild. Je nach bestehendem Orts- und Landschaftsbild sowie Sehgewohnheiten der Bürger können Windkraftanlagen sowohl tagsüber als auch nachts (Positionslichter) als Störung wahrgenommen oder zumindest als solche befürchtet werden. Durch sorgfältige Standortwahl, technische Vorkehrungen und realitätsnahe Visualisierung lassen sich Auswirkungen vorher einschätzen und minimieren. Ob sie verkräftbar sind, ist dann dem Projektdialog vorbehalten.“

Zitat aus der Website der Bürgerinitiative „Pro Windkraft Niederrhein“ (2015):

„Windräder sind sichtbar und stellen deutliche Eingriffe in das Landschaftsbild dar. Da Windkraftanlagen erst seit vergleichsweise kurzer Zeit aufgestellt werden, ist ihr Anblick für Bürger manchmal störend und noch gewöhnungsbedürftig. Die Energiewende und ein Umstieg auf erneuerbare Energien kann in Deutschland aber nur gelingen, wenn wir die Windkraft intensiv nutzen.“

Innerhalb der angeführten narrativen Muster (Textbox 2) werden die physischen Folgen des Windkraftausbaus aufgegriffen und als subjektiv zu bewertende Veränderungen verstanden. Die Regelmäßigkeit in den Aushandlungsprozessen wird hierbei deutlich und eröffnet den Blick auf die spezifische Konstruktion von „Landschaft“: Landschaft als subjektive Konfiguration bzw. individuelle Kombination physischer Objekte. Windkraftanlagen könnten damit mit der Zeit auch „normal“ und nicht mehr als „störend“ empfunden werden. „Landschaft“ und Windkraft sind hier diskursiv anschlussfähig.

Weiter zeigt sich in den Aushandlungsprozessen der Befürwortungsseite auch die enge Verknüpfung der diskursiven Felder von Landschaft und Heimat – denn Heimat wird vermehrt über „vertraute Landschaften“ konstruiert. Damit ist Landschaft auch als „physisches Manifest kultureller Identität“ (Kühne 2008: 319) zu verstehen. Folglich wird die Emotionalität der Herangehensweise und besonders des Konstruktes „Heimat“ deutlich – augenscheinlich auf der Website einer bayerischen Bürgerinitiative: „Nur gemeinsam können wir die Energiewende schaffen, die Heimat [...] und das dörfliche Zusammenleben pflegen und stärken“ (Bürgerinitiative „BürgerWIND Bayerwald“ 2015). Damit treten auch Aspekte von Generationengerechtigkeit in den Vordergrund, die auf die Notwendigkeit des Windkraftausbaus rekurrieren: „Es geht um eine lebenswerte Zukunft für uns Menschen, um unsere Gesundheit, um den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie“ (Bürgerinitiative „Bürgerwindrad Blauen e.V.“ 2016). „Windkraft“, „Heimat“ und „Gesundheit“ werden innerhalb des Befürwortungsdiskurses verknüpft – im Außen stehen „Atomkraft“, aber auch Kohlestrom, wie bereits erläutert.

In den Argumentationsmustern finden sich jedoch nicht nur ästhetisch-emotionale Gesichtspunkte um Landschaft und Heimat, auch eher kognitive natur- und artenschutzfachliche Aspekte werden vermehrt (re)produziert: Die Initiativen der Befürwortungsseite greifen die Kritik vieler Windkraftgegner auf und negieren diese bzw. betonen deren Irrelevanz. So prononcieren Bürgerinitiativen, die sich für den weiteren Ausbau der Windkraftanlagen aussprechen, ein geringes Kollisionsrisiko von Vögeln mit den rotierenden Flügelblättern der Anlagen: „Die bisher vorliegenden Untersuchungen zeigen ein sehr geringes Risiko für möglicherweise gefährdete Vogelgruppen. [...] Es gibt kein einheitliches Bild, so hat sich z. B. der seltene Kaiseradler in der Parndorfer Heide bei Wien erst angesiedelt, als dort ein großer Windpark stand“ (Bürgerinitiative „Mütter gegen Atomkraft e.V.“ 2016). Ähnlich formuliert auch eine hessische Bürgerinitiative: „Die Wahrscheinlichkeit, dass Vögel mit Windkraftanlagen kollidieren, kann überwiegend als sehr gering angesehen werden“ (Bürgerinitiative „Pro Windkraft Niedernhausen“ 2015). Doch wird in den Aushandlungsprozessen nicht nur die Geringfügigkeit eines Kollisionsrisikos mit Windkraftanlagen betont. Auch die Anlagen werden als potenzielle Gefahr für Vögel in eine Reihe mit weiteren bedeutenden Tötungsursachen gestellt und erfahren so eine Relativierung: „In Deutschland leben 150 bis 200 Millionen Vögel. Die höchste Schätzzahl möglicherweise getöteter Vögel beträgt 100.000. Sowohl im Straßenverkehr als auch an Gebäuden kommt eine vielfache Zahl von Vögel ums Leben (zwischen 20 und 30 Millionen)“ (Bürgerinitiative „Mütter gegen Atomkraft e.V.“ 2016).

Argumentationen um Partizipationsmöglichkeiten und Mitbestimmung der Bürgerschaft

Im Hinblick auf die gesellschaftliche Mitbestimmung bei den Ausbauplanungen von Windkraftanlagen betonen befürwortende Bürgerinitiativen die Notwendigkeit umfangreicher Partizipationsmöglichkeiten in Bezug auf den der Energiewende inhärenten Wandel „heimatlicher Landschaft“ (Kühne 2006) und Strukturen. Es zeigt sich, dass die Argumentationsmuster in den Aushandlungsprozessen auch hierbei gerade emotionale und ästhetische (hierzu auch Ipsen 2006) Bezugnahmen aufweisen: „Die Bürger müssen mehr integriert werden, da die meisten das Gefühl haben, nicht gefragt zu werden, wenn sich ihre Heimat durch die Errichtung von Windenergieanlagen verändert. Die Menschen sollten mehr an Windprojekten in ihrem Umfeld beteiligt werden (Bürgerwindräder), dann wäre es auch gut möglich, dass sich damit auch ihr ästhetisches Empfinden gegenüber den Anlagen ändert“ (Bürgerinitiative „Bürger-WIND Bayerwald“ 2015). Zentral sind Aspekte der Akzeptanzsteigerung, welche sich die Bürgerinitiativen durch umfassende Beteiligungsverfahren erhoffen. Somit liegt – den Initiativen nach – die Chance der Energiewende in der partizipativen Ausgestaltung der zukünftigen Energieversorgung und deren Manifestation im Raum: „Bei der Nutzung der Windkraft soll eine Beteiligung der Landkreisbürger vorrangig sein und nicht die Interessen der Großinvestoren und Stromkonzerne“ (Bürgerinitiative „Pro Wind Landkreis Günzburg“ 2014).

Durch die Regelmäßigkeit dieser Argumentationsmuster – reproduziert durch verschiedene Bürgerinitiativen – werden sie zu verfestigten Momenten innerhalb des befürwortenden Windenergie-Diskurses. Um nun die Parallelität unterschiedlicher Diskursstränge zu veranschaulichen, werden im Folgenden die zentralen Strukturen und Muster in den Aushandlungsprozessen der Bürgerinitiativen dargestellt, die sich gegen den Ausbau von Windkraftanlagen formiert haben.

3.3 Zentrale Argumentationsmuster ablehnender Bürgerinitiativen

Vergleichbar mit der Befürwortungsseite erstreckt sich das Spektrum der zentralen Konfliktfelder in den Aushandlungsprozessen der ablehnenden Bürgerinitiativen unter anderem über wirtschaftliche, gesundheitliche und insbesondere landschafts- und naturschutzfachliche Gesichtspunkte. Die vorherrschenden Argumentationsmuster lassen sich hierbei ebenfalls in eher kognitive, emotionale und ästhetische Bewertungsmuster einreihen. Wie aufseiten der Befürwortung wird auch durch Kritiker eine stärkere Beteiligung an der Planung von Windkraftanlagen gefordert – hier allerdings weniger, um die Energiewende schnell voranzutreiben, sondern um dem „Bürgerwillen“ stärker Ausdruck zu verleihen, der eher darin gesehen wird, dass Windkraftanlagen nicht an allen potenziell möglichen Standorten aufgestellt werden sollen.

Basierend auf den Erhebungen der Google-Recherche wurden vier zentrale, inhaltsbezogene Konfliktfelder quantifiziert – Naturschutz, Landschaft und Heimat, Gesundheit sowie ökonomische Gründe –, die jeweils von knapp siebzig bis etwa neunzig Prozent der Bürgerinitiativen auf ihren Internetseiten angeführt und damit (re)produziert und verankert werden (vgl. Abb. 5; zudem Weber/Jenal 2016). Im Folgenden werden sie synthetisiert beleuchtet.

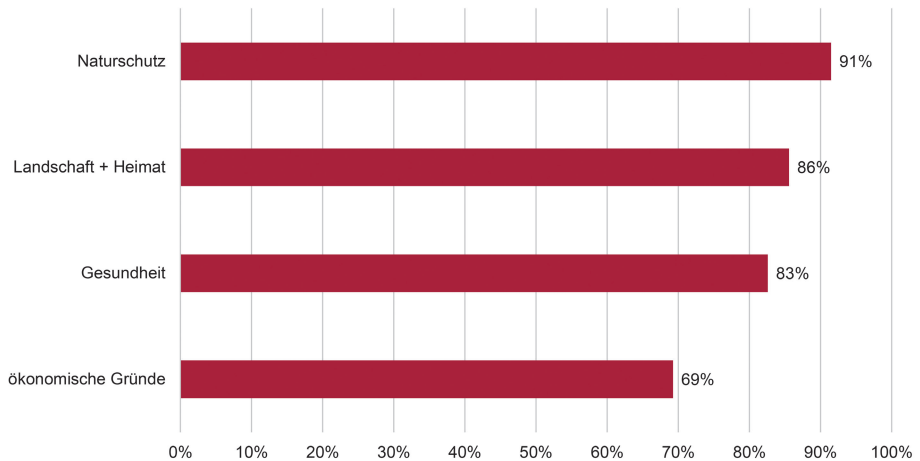


Abb. 5: Zentrale Argumentationen: Bürgerinitiativen mit Betonung des Argumentes in Prozent (n = 270) / Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (basierend auf durchgeführter Google-Recherche).

Argumentationen um natur- und artenschutzfachliche Aspekte sowie Landschaft

Von Bürgerinitiativen, die dem Bau von Windkraftanlagen kritisch gegenüberstehen, werden regelmäßig natur- und artenschutzfachliche Bedenken sowie Sorgen um eine Veränderung bestehender „Landschaft und Heimat“ vorgebracht. Windräder rücken damit in das Außen eines bewahrenden „Natur-“ bzw. „Landschaftsdiskurses“.

Die Energiewende insgesamt bzw. der Ausbau der Windkraft wird in den Aushandlungsprozessen der Ablehnungsseite als konfliktträchtig für übergeordnete Ziele des Natur- und Artenschutzes erachtet – 91 Prozent der Bürgerbewegungen sprechen sich gegen natur- und artenschutzfachlich relevante Folgen des Windkraftausbaus aus. Insbesondere die Kollision – und damit Tötung – von (streng geschützten) Vogelarten mit den Rotoren der Windkraftanlagen wird als eminente Motivation der ablehnenden Initiativen angeführt. So bemängeln die Protestbewegungen hierbei eine Unverhältnismäßigkeit, die in der Folge eine Unvereinbarkeit mit den Zielen der Energiewende und des Windkraftausbaus bedeute. Letztlich stehen damit auch prominente Naturschutzverbände unter umfassender Kritik, die dem von den Initiativen umschriebenen Zielkonflikt des Naturschutzes und dem Vorantreiben der Energiewende unterliegen. Ebenfalls spielt hierbei die Rodung von Waldbeständen und ein damit einhergehender, befürchteter Biodiversitätsverlust in die Argumentationen um die „Sinnlosigkeit“ und „Übereiltheit der Energiewende“ mit hinein (siehe ausführlich Textbox 3).

Zitat aus der Website der Bürgerinitiative „Windkraft Bad Marienberg“ (2016):

„Zuvor prägende Orts- und Landschaftsbilder werden unwiederbringlich zerstört. Wasserquellen mit vorher bestem Trinkwasser werden unbrauchbar. Gefährdete Tierarten wie Rotmilan und Fledermaus werden entweder getötet oder aus ihren Lebensräumen vertrieben. Naturnahe Erholungsgebiete in ländlichen Regionen werden zu vorgelagerten Energie-Industriestandorten für die Städte.“

Zitate aus der Website der Bürgerinitiative „Gegenwind im Oderbruch“ (2015):

„Die Menschen erleben nicht nur die Entwertung ihrer Grundstücke und der sie umgebenden Landschaft, also die Vernichtung ihrer Heimat durch die radikal verfremdeten Natur- und Erholungsbereiche, sondern leiden auch an Schlafstörungen, Schwindelgefühl, Herzrhythmusstörungen [sic]. Wer ist dafür verantwortlich?“

„Die im Oderbruch geplanten Windgeneratoren zerstören nicht nur das charakteristische Landschaftsbild, das bisher von Deichen, Dörfern, Kirchen, Schlössern geprägt wurde, sondern bergen auch Gefahren für Mensch und Tier.“

Zitat aus der Website der Bürgerinitiative „Greiner Eck e.V.“ (2016):

„Die Auswirkungen des bereits realisierten, und erst recht des noch geplanten Ausbaus der Windkraftanlagen in den bewaldeten Mittelgebirgen Deutschlands kommen einer ökologischen Katastrophe nahe. Die Auswirkungen auf Böden, Gewässer, Fauna, Flora, auf Ästhetik, Erholungs- und Erlebniswert und nicht zuletzt auf die Gesundheit, die wirtschaftliche Basis (Tourismus) der dort lebenden Menschen und ihres Eigentums, das mit Ausnahme der Grundstücke, auf denen WKA stehen, oft mehr als 1/3 seines Wertes verliert, sind enorm.“

Zitat aus der Website der Bürgerinitiative „Gegen den Windpark Zollstock-Springstein“ (2016):

„Windkraftanlagen zerstören unser natürliches und wunderschönes Landschaftsbild. Sie führen zu einer Industrialisierung der Landschaft. Für 1 Windrad muss eine Fläche von mindestens 1 Hektar Wald gerodet werden. Die Zuwegung und der Bau von Rampen für den Schwerlastverkehr machen zusätzliche Rodung in erheblichem Maße notwendig. Das Betonfundament versiegelt den Boden vollständig und er verliert sämtliche Bodenfunktionen.“

Textbox 3: Narrative Muster zur Argumentation gegen Windkraft mit Bezug auf Landschaft und Heimat

In den narrativen Mustern wird die angenommene Gegebenheit von „Landschaft“ deutlich: „Landschaft“ wird hierbei zu einem „Charakteristikum“, das in der Folge physischer Veränderungen bzw. der Implementierung von physischen Elementen beeinträchtigt bzw. entwertet und, mehr noch, zerstört würde. So argumentieren 86 Prozent der analysierten Initiativen mit dem drohenden Verlust der „Qualität von

Landschaft“ – die Rede auf den Websites ist von „Verschandelung“ und „Verlust des Erholungswertes“. Ebenfalls lässt sich die enge Verknüpfung ästhetisch-emotionaler Gesichtspunkte von Landschaft und natur- und artenschutzfachlicher Aspekte erkennen. So verlören Landschaften im Zuge des Ausbaus von Windkraftanlagen – den ablehnenden Bürgerinitiativen folgend – nicht nur ihren ästhetischen Wert, sondern auch ihre Bedeutung als Lebensraum für Flora und Fauna.

Darüber hinaus bestehen in den Aushandlungsprozessen der Initiativen auch Positionen zur „Landschaft“, die in hohem Maße anschlussfähig sind an das emotionale Konstrukt von „Heimat“: Da Landschaft innerhalb der Gesellschaft zur sozialen Verankerung im Raum herangezogen wird, resultiert aus dem subjektiven Wertverlust auch die „Vernichtung ihrer Heimat“ (Bürgerinitiative „Gegenwind im Oderbruch“ 2015). Und da kulturelle sowie regionale Identität wiederum auf der subjektiven Konstitution von Heimat gründen, droht im Falle einer gefühlten Zerstörung von Landschaft und Heimat auch der Verlust von Identität. Windkraftanlagen werden entsprechend mit „Heimat-“ und „Identitätsverlust“ verknüpft.

„Landschaft“, „Heimat“ sowie „Natur- und Artenschutz“ reihen sich diskursiv in Äquivalenzketten aneinander und stützen so die Position der Ablehnung von Windkraftanlagen.

Argumentationen um gesundheitliche Aspekte

Neben den Argumentationsmustern um die mehrdimensionale „Zerstörung“ und „Entwertung von Landschaft“ finden sich in den Aushandlungsprozessen der Bürgerinitiativen gegen Windkraft auch konkrete Kritikpunkte um gesundheitliche Folgen des Ausbaus. 83 Prozent der betrachteten Initiativen kritisieren den Ausbau der Windkraftnutzung aus tiefgreifenden Bedenken und Ängsten gegenüber drohenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen. So sehen die Protestbewegungen unvermeidbare Nebeneffekte des Betriebes der Anlagen als gesundheitlich relevant – für Mensch und Tier: Die rotierenden Flügel der Anlagen würden Schallemissionen verursachen, die je nach Frequenzbereich unterschiedlich auf den Organismus einwirkten. Hörbare Emissionen der Windkraftanlagen führten den Protestbewegungen nach zu dauerhafter akustischer und damit psychischer Belastung – die Lebensqualität der Anwohner leide darunter. Aber insbesondere die Emissionen im nichthörbaren Frequenzbereich, der sogenannte Infraschall, wird in diskursiver Regelmäßigkeit als gesundheitsschädlich reproduziert – unter Rückbezug auf eine Vielzahl von medizinischen Studien. „Hierdurch entstehen Befindlichkeitsstörungen vielfältiger Art und je nach Anfälligkeit in unterschiedlicher Ausprägung – insbesondere Kopfschmerzen und Migräne, Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche und Gedächtnisprobleme, Ohrgeräusche, Schwindelgefühle, Übelkeit, Veränderungen der Herzfrequenz, Reizbarkeit, innere Unruhe und Angstzustände werden die unweigerliche Folge der unverantwortlichen Planungen sein“ (Bürgerinitiative „Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V.“ 2016). Weiter wird in den Aushandlungsprozessen um die gesundheitlichen Auswirkungen der Anlagen auch sprachlich emotionalisiert, wenn von „Folter, Enteignung, Vertreibung, Krankheit und Tod“ (Bürgerinitiative „Für Transparenz und Gerechtigkeit“ 2016) gesprochen wird – Windkraftanlagen geraten hiermit nicht nur in das Außen des Diskurses von „naturnahen Landschaften“, sondern stehen auch dem Verständnis

von „zukunftsfähiger Energieerzeugung“ diametral gegenüber. Die Beteiligten der Protestbewegungen führen an, dass sich „[z]u den ökologischen Schäden [des Windkraftausbaus] die ökonomische Sinnlosigkeit“ gesellt (Bürgerinitiative „Windkraft Bad Marienberg“ 2015), die in der Folge auch zu gesundheitlich „unverantwortlicher Planungen“ (Bürgerinitiative „Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V.“ 2016) beitragen. Damit lassen sich im Konfliktfeld der gesundheitlichen Auswirkungen von Windkraftanlagen diskursive Verknüpfungen unterschiedlicher Argumentationsstränge erkennen, die von Regelmäßigkeiten zeugen.

Neben den umfassenden Bedenken gegenüber Emissionen von Windkraftanlagen besteht seitens der ablehnenden Bürgerinitiativen auch Kritik bezüglich möglicher Stör- bzw. Unfälle von Anlagen. Hierbei wird die Gefahr von Bränden an der Nabe der Anlagen betont, die sich in Höhen befänden, die eine Brandlöschung ausschließen. Als besonders gefährlich werden demnach Windkraftanlagen eingestuft, die sich in Waldgebieten befinden und damit auch forstwirtschaftliche sowie natur- und artenschutzfachliche Schäden nach sich ziehen könnten. In diesem Kontext werden auch Gefahren der Grundwasserverunreinigung aufgezeigt, die in der Folge des Austrittes von Öl aus den Anlagen zu befürchten seien. Demnach sind Windkraftanlagen in den vorherrschenden Argumentationsmustern der Aushandlungsprozesse als bedenkliche Form der Energieerzeugung verankert, welche „[...] die Gefährdung unserer Gesundheit“ (Bürgerinitiative „Gegenwind Schneifel“ 2016) unweigerlich nach sich ziehe. Vielfältige Kritikpunkte werden miteinander verwoben und hegemonialisieren so eine ablehnende Haltung gegenüber Windkraftanlagen.

Argumentationen um ökonomische Aspekte

Als weiteres Konfliktfeld in den ablehnenden Windkraftdiskursen zeigen sich ökonomische Aspekte – von 69 Prozent der analysierten Bürgerinitiativen geteilt. Die Protestbewegungen bemängeln – unter Rekurs auf die Beeinträchtigung der Lebensqualität von Bewohnern in unmittelbarer Nähe von Windkraftanlagen – die preissenkenden Auswirkungen der Anlagen auf Immobilien- und Grundstückswerte. So betont eine rheinland-pfälzische Bürgerinitiative: „[...] Windkraftanlagen [beeinflussen] die Lebensqualität in Form des subjektiven Wohlbefindens nachhaltig. Als Folge sinken zwangsläufig die Verkehrswerte von Immobilien signifikant. Je nach Nähe zu der Anlage wird in Deutschland von Wertverlusten zwischen 30% und 100% (Unverkäuflichkeit) ausgegangen. [...] Welche junge Familie sollte freiwillig in die Nähe eines Windrades ziehen und sich gesundheitlichen Risiken oder sonstigen Einbußen aussetzen?“ (Bürgerinitiative „Niederwallmenach und Umgebung“ 2015a). In der Folge fordern die Initiativen – nicht nur aus der Argumentation um ökonomische Aspekte heraus – einen größeren Abstand der Anlagen zu Wohnbebauungen und/oder einen „Ausgleich des Wertverlustes von Grundstücken und Wohnbebauungen beim Bau des Windparks“ (Bürgerinitiative „Windkraft Engelsbrand“ 2015).

Ferner finden sich in den Aushandlungsprozessen um die wirtschaftlichen Konsequenzen des Windkraftausbaus auch Bedenken gegenüber sektoralen Einbußen in der Folge lokaler Windkraftplanungen. Insbesondere in Bezug auf touristisch erschlossene bzw. „attraktive“ Räume werden überwiegend vergleichbar Bedenken bezüglich sinkender Besucher- bzw. Urlauberszahlen kommuniziert. So formuliert eine Bürgerinitia-

tive konkret die Frage: „Womit werden wir künftig für Tourismus werben? Abenteuerurlaub unter Windkraftanlagen für Menschen, die das Risiko lieben?“ Windkraftanlagen verorten sich demnach im Außen von „freizeit- und erholungsorientierten Landschaften“: Räume, in denen Anlagen implementiert werden, würden in ihrer Attraktivität degradiert und wirkten vermehrt als „Industriebetriebe“ (Bürgerinitiative „Für Transparenz und Gerechtigkeit“ 2016). Doch neben den Einbußen im Tourismussektor wird seitens der Initiativen auch die Flächenumwidmung für Windkraftplanungen als wirtschaftliche Konkurrenz formuliert: Denn „[d]ie Umwandlung von wertvollem Ackerland [...] in Windkraftanlagen gefährdet Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und die Versorgungssicherheit bei Nahrungs- und Futtermitteln“ (Bürgerinitiative „Gegenwind im Oderbruch“ 2015; vergleichbare Argumentation auch bei Konflikten zur Rohstoffgewinnung zu finden, siehe Weber/Jenal/Kühne 2017).

Einen weiteren Kritikpunkt im Konfliktfeld ökonomischer Gesichtspunkte stellt die Rentabilität von Windkraftanlagen bzw. Windparks dar. In den Aushandlungsprozessen der Bürgerinitiativen zeigen sich eminente Zweifel an der Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen – insbesondere im süddeutschen Raum. So besteht seitens der Protestbewegungen Kritik an einer ausreichenden Windhöufigkeit im Süden Deutschlands zum rentablen Betrieb von Windkraftanlagen. Darüber hinaus „klagen laufend etliche Gemeinden über Verluste in der Gemeindekasse, da versprochene Gewerbesteuerentnahmen im Endeffekt nicht fließen und man auf anderen Kosten in diesem Zusammenhang sitzen bleibt“ (Bürgerinitiative „Windvernunft Kiel e.V.“ 2015). Ob der Betrieb von Windkraftanlagen für Kommunen nun finanzielle Chancen oder Risiken mit sich bringe, wird – gemäß den Initiativen – „durch die Verantwortlichen häufig nicht betrachtet, da das schnelle Geld durch angeblich hohe und garantierte Pachtzahlungen winkt. Diese Fahrlässigkeit führt zu einem immensen wirtschaftlichen Schaden für die Gemeinden, für die letztlich alle Bürgerinnen und Bürger aufkommen müssen“ (Bürgerinitiative „Niederwallmenach und Umgebung“ 2015b). Demnach befürchten die Bürgerinitiativen finanzielle Verluste – neben den Grundstücks- und Immobilienwerten konkret auch auf kommunaler Ebene. Eine Vielzahl an Argumenten stützt damit die ablehnende Positionierung gegenüber dem Windkraftausbau als Teil der Energiewende.

4 Fazit und Ausblick

Bis heute zeugen Umfragen von einer weiterhin hohen grundsätzlichen Zustimmung zur Energiewende in Deutschland (Agentur für Erneuerbare Energien 2015; BfN 2015). Gleichzeitig mehren sich die Berichte über Widerstände gegenüber konkreten Vorhaben, insbesondere im Hinblick auf den Windkraft- und den Stromnetzausbau (hierzu auch Weber et al. 2017). Gewisse Haltungen scheinen gegenüber anderen die „Oberhand“ zu gewinnen und Letztere in den Hintergrund zu drängen. Während es direkt im Anschluss an die Reaktorkatastrophe von Fukushima kaum im Bereich des „Sagbaren“ lag, den Ausbau erneuerbarer Energien zu kritisieren, scheint mit wachsendem Abstand das deutliche Üben von Kritik zunehmend möglich. Von 280 via Google ermittelten Bürgerinitiativen im Kontext des Windkraftausbaus nehmen 270 eine ablehnende Haltung ein, zehn votieren für Windkraft zugunsten der Energiewende. Mit welchen zentralen Argumenten konstituieren sich vor diesem Hinter-

grund Befürwortung und Widerstand – eine Frage, der aus diskurstheoretischer Grundperspektive in diesem Artikel nachgegangen wurde und zu der in dieser Umfänglichkeit in einem Quantitativ-Qualitativ-Mix bisher noch keine vergleichbaren Ergebnisse vorliegen.

Indem wir beide Seiten einer ausführlicheren Analyse unterzogen haben, wurde deutlich, dass zentrale Felder wie Naturschutz, Landschaft und Heimat, Gesundheit sowie ökonomische Aspekte sowohl an Argumentationsmuster der Befürwortung als auch der Ablehnung anschlussfähig sind – und damit nach Laclau (2007) „flottieren“. Auf befürwortender Seite geschieht häufig eine Relativierung ablehnender Haltungen – Aspekte, die bisher kaum einer Betrachtung zugeführt wurden und das Potenzial diskurstheoretischer Analysen zeigen: die Suche nach alternativen Deutungsmustern und Lesarten. Gleichzeitig konnten verfestigte Kritikpunkte tiefergehender ausdifferenziert werden. Auffallend ist hierbei, wie stark die Muster der Argumentation und die diskursiven Setzungen in den Aushandlungsprozessen der Bürgerinitiativen übergreifend vergleichbar strukturiert sind: So wird beispielsweise „Landschaft“ seitens der Initiativen, die sich gegen den Ausbau der Windkraft aussprechen, vermehrt innerhalb emotionaler Herangehensweisen als beeinträchtigt- und zerstörbar konstruiert – ihr derzeitiger Zustand soll erhalten bleiben. Bürgerinitiativen verweisen untereinander auf andere Initiativen, vernetzen sich, (re)produzieren ihre Argumente und können so diskurstheoretisch im Zusammenschluss als Diskurskoalitionen (Nonhoff 2006) bezeichnet werden. Wie weit diese Koalitionen ausgeprägt sind, gilt es weitergehend zu erforschen.

Grundsätzlich lässt sich das Potenzial diskurstheoretischer Herangehensweisen unterstreichen, das in der Möglichkeit eines metaperspektivischen Zugangs über Sprache liegt und Machtstrukturen fokussiert: Zentraler Untersuchungsgegenstand sind in der vorliegenden Analyse weder Positionen von Einzelpersonen noch strukturelle Rahmenbedingungen – die fokussierte Ebene liegt „dazwischen“ und ermöglicht die Sicht auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die im Fall der Bürgerinitiativen von zunehmend politischer Relevanz zeugen. Denn Ausbauvorhaben werden vor dem Hintergrund massiven Protests teilweise zurückgezogen oder Verzögerungen „drohen“ innerhalb des Planungsprozesses. Gerade „Landschaft“ und „Heimat“ stellen für Bürger Ankerpunkte der Orientierung dar. Und damit werden Landschaftsveränderungen zur umfassenden Herausforderung für Politik und Planung, Sorgen und Ängste müssen hierbei aufgegriffen werden. Ein bedeutender Aspekt ist dabei, dass nicht alle Argumentationsansätze der Initiativen rechtsförmig relevant sind, jedoch deutliche Alltagsrelevanz besitzen. Genau das muss von Politik und Planung in diesem Zusammenhang vermehrt berücksichtigt werden.

Um darüber hinaus die Motivation und das Wirken der Protestbewegungen, sowohl befürwortend als auch ablehnend, weiter auszudifferenzieren, erscheint eine umfassende Analyse der jeweils zugrunde liegenden Zielsetzungen – „eingefangen“ über ausführliche Interviews mit Vertretern von Initiativen – zielführend. Denn damit ließen sich einerseits die Erkenntnisse der unterschiedlichen diskursiven Setzungen weiter konturieren und andererseits die Bürgerinitiativen differenzierter kategorisieren. Im

Rahmen des Forschungsvorhabens im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz, dem auch die vorliegenden Ergebnisse innerhalb des Artikels entstammen, nähern wir uns weitergehend dieser skizzierten Forschungslücke an.

Eine weitere zentrale Frage bleibt ebenfalls noch offen: Können Konflikte – insbesondere solch emotional gefärbte wie im Fall der Energiewende – endgültig gelöst werden (hierzu auch Becker/Naumann 2016)? Nach Ralf Dahrendorf (1972) ist dies unmöglich. Die Bürgerinitiativen lassen sich im Sinne Dahrendorfs mit ihren verfestigten und geteilten Einstellungen als formierte Konfliktgruppe beschreiben, der Politik und Planung gegenüberstehen. Der Konflikt hat sich damit manifestiert und wird mehr oder weniger intensiv ausgetragen (hierzu auch Aschenbrand/Kühne/Weber 2017; Kühne 2017 [im Druck]). Dahrendorf plädiert für eine Anerkennung von Dissens als Normalzustand und damit für eine *Regelung* von Konflikten. Dabei zielt der Umgang mit dem Konflikt darauf ab, das jeweilige Gegenüber nicht als illegitimen „Feind“, sondern als legitimen „Gegner“ zu betrachten, mit dem um Fortentwicklungen „gerungen“ wird (vgl. entsprechend argumentierend auch Mouffe 2007, 2010, 2014). Inwiefern sich die Umstände des umfassenden bürgerschaftlichen Protests im Feld der Energiewende von Ansätzen der Konflikt*regelung* beeinflussen ließen, gilt es weitergehend zu beleuchten.

Danksagung

Das diesem Artikel zugrunde liegende Forschungsvorhaben wurde im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit durchgeführt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren. Wir danken dem Bundesamt herzlich für die Unterstützung.

Unser besonderer Dank gilt auch unseren am Projekt beteiligten Kolleginnen und Kollegen Diedrich Bruns, Gottfried Hage, Adrian Hoppenstedt, Catrin Schmidt, Maxim von Gagern, Daniel Münsterlein, Lena Schuster, Jakob Hüppauff und Tobias Sontheim sowie Claudia Hildebrandt vom Bundesamt für Naturschutz.

Autoren

Albert Roßmeier (*1991) *studierte Landschaftsarchitektur mit Schwerpunkt Stadtplanung an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, anschließend Geographie und Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seit dem Wintersemester 2016/2017 studiert er im Masterstudiengang „Global Studies“ an der Eberhard Karls Universität Tübingen. An der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf war er von Winter 2015 bis Winter 2016 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Vorhaben zum Landschaftswandel im Zuge der Energiewende beschäftigt. Seitdem ist er als wissenschaftliche Hilfskraft an der Eberhard Karls Universität Tübingen im Forschungsbereich Stadt- und Regionalplanung tätig und arbeitet hier in verschiedenen Forschungsprojekten mit, unter anderem zur Akzeptanz des Windkraftausbaus.*

*Dr. Florian Weber (*1983) studierte Geographie, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie und Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. An der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg promovierte er zu einem Vergleich deutsch-französischer quartiersbezogener Stadtpolitiken aus diskurstheoretischer Perspektive. Von 2012 bis 2013 war Florian Weber als Projektmanager in der Regionalentwicklung in Würzburg beschäftigt. Anschließend arbeitete er an der TU Kaiserslautern im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der Universität der Großregion und als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektkoordinator an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf. Seit Oktober 2016 ist er als Akademischer Rat an der Eberhard Karls Universität Tübingen tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Diskurs- und Landschaftsforschung, erneuerbaren Energien sowie quartiersbezogenen Stadtpolitiken und in Stadtentwicklungsprozessen im internationalen Vergleich.*

Literatur

Agentur für Erneuerbare Energien (2015): Die deutsche Bevölkerung will mehr Erneuerbare Energien: Repräsentative Akzeptanzumfrage zeigt hohe Zustimmung für weiteren Ausbau.

<http://www.unendlich-viel-energie.de/die-deutsche-bevoelkerung-will-mehr-erneuerbare-energien> (Zugriff am 09.03.2016).

Aschenbrand, E.; Kühne, O.; Weber, F. (2017): Rohstoffgewinnung in Deutschland: Auseinandersetzungen und Konflikte. Eine Analyse aus sozialkonstruktivistischer Perspektive. In: UmweltWirtschaftsForum, online first.

Bauer, M. (1995): Resistance to new technology and its effects on nuclear power, information technology and biotechnology. In Bauer, M. (Hrsg.): Resistance to new technology. Nuclear power, information technology, and biotechnology. Cambridge, New York, 1–38.

BBSR (2011): Laufende Raumb Beobachtung – Raumabgrenzungen.

<http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/SiedlungsstrukturelleGebietstypen/Regionstypen/regionstypen.html?nn=442956> (Zugriff am 19.05.2016).

Becker, S.; Naumann, M. (2016): Energiekonflikte nutzen. Wie die Energiewende vor Ort gelingen kann.

http://transformation-des-energiesystems.de/sites/default/files/EnerLOG_Broschuere_Energiekonflikte_nutzen.pdf (Zugriff am 01.02.2017).

Berger, P.L.; Luckmann, T. (1966): The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge. New York.

BfN (2015): Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt.

<https://www.bfn.de/25159.html> (Zugriff am 01.11.2016).

BMWi (2017a): Erneuerbare Energien.

<http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/erneuerbare-energien.html> (Zugriff am 24.01.2017).

BMWi (2017b): Windenergie an Land. Windenergie.

<http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Navigation/DE/Technologien/Windenergie-an-Land/windenergie-an-land.html> (Zugriff am 24.01.2017).

Bruns, D.; Kühne, O. (2015): Gesellschaftliche Transformation und die Entwicklung von Landschaft – eine Betrachtung aus der Perspektive der sozialkonstruktivistischen Landschaftstheorie. In: Kühne, O.; Gawroński, K.; Hernik, J. (Hrsg.): Transformation und Landschaft. Die Folgen sozialer Wandlungsprozesse auf Landschaft. Wiesbaden, 9–13.

Bundesverband WindEnergie (2016): Statistiken.

<https://www.wind-energie.de/themen/statistiken/bundeslaender> (Zugriff am 01.06.2016).

Bürgerinitiative „BürgerWIND Bayerwald“ (2015): Initiatoren.

<http://www.buergerwind-bayerwald.de/index.php/wir-ueber-uns/initiatoren-3> (Zugriff am 18.05.2016).

Bürgerinitiative „Bürgerwindrad Blauen e.V.“ (2016): Aktuell - Blog.

<http://buergerwindrad-blaue.de/> (Zugriff am 18.05.2016).

Bürgerinitiative „Energiewende Waldkirch“ (2013): Aktuell.

<http://www.energie-wende-waldkirch.de/aktuell.cfm> (Zugriff am 11.05.2016).

Bürgerinitiative „Energie-Zukunft-Rheingau“ (2016): Fragen und Antworten zur Windkraft in Eltville.

http://www.energie-zukunft-rheingau.de/wp/?page_id=273 (Zugriff am 13.02.2017).

- Bürgerinitiative „Fröhner Wald - für Mensch und Natur e.V.“ (2016): Ziele.
<http://www.froehnerwald.de/ziele/schutz-des-menschen/> (Zugriff am 18.05.2016).
- Bürgerinitiative „Für Transparenz und Gerechtigkeit“ (2016): Ärzte - Gesundheit Infraschall.
<http://www.btg-bayern.de/Aerzte-Gesundheit-Infraschall/> (Zugriff am 17.02.2017).
- Bürgerinitiative „Gegen den Windpark Zollstock-Springstein“ (2016): Faktensammlung
<https://www.gegen-den-windpark-zollstock-springstein.de/start/faktensammlung/> (Zugriff am 16.02.2017).
- Bürgerinitiative „Gegenwind im Oderbruch“ (2015): Startseite.
<http://www.gegenwind-im-oderbruch.eu/> (Zugriff am 11.05.2016).
- Bürgerinitiative „Gegenwind Schneifel“ (2016): Über uns. Ziele der Bürgerinitiative GEGENWIND-SCHNEIFEL.
<http://www.gegenwind-schneifel.de/index.php/de/ueber-uns> (Zugriff am 17.02.2017).
- Bürgerinitiative „Greiner Eck e.V.“ (2015): Startseite.
<http://www.bi-greinerack.de/> (Zugriff am 11.05.2016).
- Bürgerinitiative „Mütter gegen Atomkraft e.V.“ (2016): Urteil im Prozess gegen 10H-Regelung.
<http://www.muettergegenatomkraft.de/termine-und-aktionen/urteil-prozess-gegen-10h-regelung.html>
 (Zugriff am 02.06.2016).
- Bürgerinitiative „Niederwallmenach und Umgebung“ (2015a): Unsere Themen. Mensch und Natur – Der Mensch.
<https://www.niederwallmenach.org/unsere-themen/mensch-und-natur/der-mensch/> (Zugriff am 17.02.2017).
- Bürgerinitiative „Niederwallmenach und Umgebung“ (2015b): Unsere Themen. Wirtschaftlichkeit von Windrädern.
<https://www.niederwallmenach.org/unsere-themen/mensch-und-natur/der-mensch/> (Zugriff am 18.02.2017).
- Bürgerinitiative „Pro Wind Landkreis Günzburg“ (2014): Warum Windkraft als Bürgerbeteiligung.
<http://www.prowind-gz.de/whyforall.php> (Zugriff am 11.05.2016).
- Bürgerinitiative „Pro Windkraft Niedernhausen“ (2015): Start.
<https://www.prowindkraft-niedernhausen.de/> (Zugriff am 15.02.2017).
- Bürgerinitiative „Windkraft Bad Marienberg“ (2015): Ziele der BI.
<http://www.windkraft-bad-marienberg.de/356340588> (Zugriff am 11.05.2016).
- Bürgerinitiative „Windkraft Engelsbrand“ (2015): Was wir wollen.
<https://www.windkraft-engelsbrand.de/was-wir-wollen/> (Zugriff am 17.02.2017).
- Bürgerinitiative „Windkraft für Michelbach“ (2016): Aktuell.
<http://windkraft-fuer-michelbach.de/> (Zugriff am 20.03.2016).
- Bürgerinitiative „Windvernunft Kiel e.V.“ (2015): Unser Einspruch. Wirtschaftlichkeit.
<http://www.windvernunft-kiel.de/index.php?seite=wirtschaftlichkeit> (Zugriff am 17.02.2017).
- Burr, V. (2005): Social Constructivism. London, New York.
- Chilla, T. (2007): Zur politische Relevanz raumbezogener Konflikte. Das Beispiel der Naturschutzpolitik in der Europäischen Union. In: Erdkunde 61, 1, 13–25.
- Dahrendorf, R. (1972): Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. München.
- Gailing, L.; Leibenath, M. (2015): The Social Construction of Landscapes: Two Theoretical Lenses and Their Empirical Applications. In: Landscape Research 40, 2, 123–138.
- Gergen, K.J.; Gergen, M. (2009): Einführung in den sozialen Konstruktivismus. Heidelberg. = Carl-Auer compact.
- Glasze, G. (2007): Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. 73 Absätze. In: FQS – Forum Qualitative Sozialforschung 8, 2.
- Glasze, G. (2013): Politische Räume. I. Bielefeld.
- Glasze, G.; Hussein, S.; Mose, J. (2009): Kodierende Verfahren in der Diskursforschung. In: Glasze, G.; Mattissek, A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, 293–314.
- Glasze, G.; Mattissek, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G.; Mattissek, A. (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, 153–179.
- Gleitsmann, R.-J. (2011): Der Vision atomtechnischer Verheißungen gefolgt. Von der Euphorie zu ersten Protesten – die zivile Nutzung der Kernkraft in Deutschland seit den 1950er Jahren. In: Journal of New Frontiers in Spatial Concepts, 3, 17–26.
- Guilhaumou, J. (1986): L'historien du discours et la lexicométrie. In: Histoire & Mesure, 3/4, 27–46.
- Hildebrand, J.; Rau, I. (2012): Die Akzeptanz des Netzausbaus. Ergebnisse einer umweltsychologischen Studie. In: EMF-Spektrum, 2, 4–7.
- Hübner, G.; Hahn, C. (2013): Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt. Halle.
- Ipsen, D. (2006): Ort und Landschaft. Wiesbaden.
- Jørgensen, M.; Phillips, L. (2002): Discourse Analysis as Theory and Method. London, Thousand Oaks, New Delhi.

- Kühne, O. (2006): *Landschaft in der Postmoderne. Das Beispiel des Saarlandes*. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2008): *Distinktion – Macht – Landschaft. Zur sozialen Definition von Landschaft*. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2013): *Landschaftstheorie und Landschaftspraxis. Eine Einführung aus sozialkonstruktivistischer Perspektive*. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2015): Was ist Landschaft? Eine Antwort aus sozialkonstruktivistischer Perspektive. In: *morphé. rural – suburban – urban*, 1, 27–32.
- Kühne, O. (2017 [im Druck]): Zur Aktualität von Ralf Dahrendorf. Einführung in sein Werk. Wiesbaden.
- Kühne, O.; Weber, F. (2016a): Landschaft – eine Annäherung aus sozialkonstruktivistischer Perspektive. In: *Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) (Hrsg.): Konventionen zur Kulturlandschaft. Dokumentation des Workshops „Konventionen zur Kulturlandschaft – Wie können Konventionen in Europa das Landschaftsthema stärken“ am 1. und 2. Juni 2015 in Aschaffenburg*. Bonn, 7–14.
- Kühne, O.; Weber, F. (2016b): Zur sozialen Akzeptanz der Energiewende. In: *UmweltWirtschaftsForum* 24, 2-3, 207–213.
- Laclau, E. (1990): *New Reflections on the Revolution of our Time*. London, New York. = Phronesis.
- Laclau, E. (1993): Discourse. In: Goodin, R.E.; Pettit, P. (Hrsg.): *A companion to contemporary political philosophy*. Oxford, 431–437.
- Laclau, E. (1994): Introduction. In Laclau, E. (Hrsg.): *The Making of Political Identities*. London, 1–8.
- Laclau, E. (2007): *On Populist Reason*. London, New York.
- Laclau, E.; Mouffe, C. (1985): *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*. London.
- Laclau, E.; Mouffe, C. (2015 [engl. Orig. 1985]): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Leibenath, M. (2014): Landschaft im Diskurs: Welche Landschaft? Welcher Diskurs? Praktische Implikationen eines alternativen Entwurfs konstruktivistischer Landschaftsforschung. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 46, 4, 124–129.
- Leibenath, M.; Otto, A. (2013): Windräder in Wolfhagen – eine Fallstudie zur diskursiven Konstituierung von Landschaften. In: Leibenath, M.; Heiland, S.; Kilper, H.; Tzschaschel, S. (Hrsg.): *Wie werden Landschaften gemacht? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Konstituierung von Kulturlandschaften*. Bielefeld, 205–236.
- Lennon, M.; Scott, M. (2015): Opportunity or Threat: Dissecting Tensions in a Post-Carbon Rural Transition. In: *Sociologia Ruralis*, online, 1–23.
- Linke, S. (2015): Postmoderne Tendenzen in „ländlich bezeichneten Räumen“ – Chancen und Herausforderungen für die Raumentwicklung. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hrsg.): *Bausteine der Regionalentwicklung*. Wiesbaden, 109–124.
- Mattiscek, A. (2008): *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. Bielefeld.
- Monstadt, J. (2007): Energiepolitik und Territorialität: Regionalisierung und Europäisierung der Stromversorgung und die räumliche Redimensionierung der Energiepolitik. In: Gust, D. (Hrsg.): *Wandel der Stromversorgung und räumliche Politik. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL* 227. Hannover, 186–216.
- Mouffe, C. (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt (Main).
- Mouffe, C. (2010): *Das demokratische Paradox*. Wien.
- Mouffe, C. (2014): *Agonistik. Die Welt politisch denken*. Berlin. = 2677.
- Neukirch, M. (2014): Konflikte um den Ausbau der Stromnetze. Status und Entwicklung heterogener Protestkonstellationen. *SOI Discussion Paper* 2014-01.
http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/publikationen/soi_2014_1_Neukirch_Konflikte_um_den_Ausbau_der_Stromnetze.pdf (Zugriff am 09.05.2016).
- Nonhoff, M. (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«*. Bielefeld.
- Otto, A.; Leibenath, M. (2013): Windenergielandschaften als Konfliktfeld. *Landschaftskonzepte, Argumentationsmuster und Diskurskoalitionen*. In: Gailing, L.; Leibenath, M. (Hrsg.): *Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*. Wiesbaden, 65–75.
- Pörksen, B. (2015): Schlüsselwerke des Konstruktivismus. In: Pörksen, B. (Hrsg.): *Schlüsselwerke des Konstruktivismus*. Wiesbaden, 3–17.
- Riegel, C.; Brandt, T. (2015): Eile mit Weile – Aktuelle Entwicklungen beim Netzausbau. In: *ARL-Nachrichten* 45, 2, 10–16.
- Schmitt, T. (2016): Die Debatten um neue Stromtrassen als Symptomkonflikte der Energiewende. In: *Geographische Rundschau* 68, 11, 18–25.
- Schütz, A. (1971 [1962]): *Gesammelte Aufsätze 1. Das Problem der Wirklichkeit*. Den Haag.
- Somers, M. (1994): The narrative constitution of identity: A relational and network approach. In: *Theory and Society* 23, 5, 605–649.
- statista (2015): Marktanteile führender Suchmaschinen in Deutschland im Februar 2015 (sowie Vorjahresvergleich).
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167841/umfrage/marktanteile-ausgewaehlter-suchmaschinen-in-deutschland/> (Zugriff am 04.02.2016).

- statista** (2016): Anzahl der Onshore-Windenergieanlagen in Deutschland nach Bundesland im Jahr 2015. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/28154/umfrage/anzahl-von-windenergieanlagen-nach-bundesland/> (Zugriff am 02.06.2016).
- Stegert, P.; Klagge, B.** (2015): Akzeptanzsteigerung durch Bürgerbeteiligung beim Übertragungsnetzausbau? Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: *Geographische Zeitschrift* 103, 3, 171–190.
- STMI** (o.J.): Ersthinweise bzw. häufige Fragen zur bayerischen 10 H-Regelung. https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/buw/baurechtundtechnik/ersthinweise_zum_inkrafttreten_der10_h-regelung.pdf (Zugriff am 13.02.2017).
- Teubert, W.** (1999): Korpuslinguistik und Lexikographie. In: *Deutsche Sprache*, 4, 293–313.
- Thiem, N.; Weber, F.** (2011): Von eindeutigen Uneindeutigkeiten – Grenzüberschreitungen zwischen Geografie und Literaturwissenschaft im Hinblick auf Raum und Kartografie. In: Gubo, M.; Kypta, M.; Öchsner, F. (Hrsg.): *Kritische Perspektiven: „Turns“, Trends und Theorien*. Berlin, 171–193.
- Weber, F.** (2013): *Soziale Stadt – Politique de la Ville – Politische Logiken*. (Re-)Produktion kultureller Differenzierung in quartiersbezogenen Stadtpolitiken in Deutschland und Frankreich. Wiesbaden.
- Weber, F.** (2015): Diskurs – Macht – Landschaft. Potenziale der Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe für die Landschaftsforschung. In: Kost, S.; Schönwald, A. (Hrsg.): *Landschaftswandel – Wandel von Machtstrukturen*. Wiesbaden, 97–112.
- Weber, F.; Jenal, C.** (2016): Windkraft in Naturparken. Konflikte am Beispiel der Naturparke Soonwald-Nahe und Rhein-Westerwald. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 48, 12, 377–382.
- Weber, F.; Jenal, C.; Kühne, O.** (2017): Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe als landschaftsästhetische Herausforderung – Eine Annäherung aus sozialkonstruktivistischer Perspektive. In: Kühne, O.; Megerle, H.; Weber, F. (Hrsg.): *Landschaftsästhetik und Landschaftswandel*. Wiesbaden, 245–268.
- Weber, F.; Kühne, O.; Jenal, C.; Sanio, T.; Langer, K.; Igel, M.** (2016): Analyse des öffentlichen Diskurses zu gesundheitlichen Auswirkungen von Hochspannungsleitungen – Handlungsempfehlungen für die strahlenschutzbezogene Kommunikation beim Stromnetzausbau. Ressourforschungsbericht. https://doris.bfs.de/jspui/bitstream/urn:nbn:de:0221-2016050414038/3/BfS_2016_3614580008.pdf (Zugriff am 01.02.2017).
- Weber, F.; Roßmeier, A.; Jenal, C.; Kühne, O.** (2017): Landschaftswandel als Konflikt. Ein Vergleich von Argumentationsmustern beim Windkraft- und beim Stromnetzausbau aus diskurstheoretischer Perspektive. In: Kühne, O.; Megerle, H.; Weber, F. (Hrsg.): *Landschaftsästhetik und Landschaftswandel*. Wiesbaden, 215–244.
- Wetherell, M.; Still, A.** (1998): Realism and relativism. In: Sapsford, R.; Still, A.; Wetherell, M.; Miell, D.; Stevens, R. (Hrsg.): *Theory and Social Psychology*. London, Thousand Oaks (Calif.), 99–114.
- Zimmer, R.; Kloke, S.; Gaedtke, M.** (2012): Der Streit um die Uckermarkleitung – eine Diskursanalyse. Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“. http://opus.kobv.de/zbib/volltexte/2013/20508/pdf/Streit_um_die_Uckermarkleitung.pdf (Zugriff am 08.03.2016).